



Ralf Eisenhauer, Lena Kamrad und Reinhold Götz in der Boulderhalle Franklin: Neuer Teil unseres großen Mannheimer Zuhauses

MIT ZUVERSICHT IN DIE ZUKUNFT. ZUHAUSE IN DER SOZIALEN STADT.

RALF EISENHAUER

VORSITZENDER SPD-GEMEINDERATSFRAKTION

Rede zum Haushalt 2018/2019 der Stadt Mannheim
Mannheim, 21. November 2017

SPD

Mit Zuversicht in die Zukunft.

Zuhause in der sozialen Stadt

Ralf Eisenhauer

Vorsitzender der SPD-Gemeinderatsfraktion

Rede zum Haushalt 2018/2019 der Stadt Mannheim

Mannheim, 21. November 2017

Es gilt das gesprochene Wort.

SPD-Gemeinderatsfraktion

Ralf Eisenhauer

Marianne Bade

Reinhold Götz

Helen Heberer

Joachim Horner

Prof. Dr. Heidrun Kämper

Lena Kamrad

Nazan Kapan

Andrea Safferling

Thorsten Riehle

Dr. Claudia Schöning-Kalender

Ralph Waibel

Dr. Boris Weirauch

Redaktion

Adnan Werning

Dr. Felicitas Merkel

Julia Diez

SPD-Gemeinderatsfraktion

Rathaus E5, 68159 Mannheim

Tel.: 0621/ 293-2090

Email: spd@mannheim.de

www.spdmannheim.de

Mannheim, November 2017

Mit Zuversicht in die Zukunft. Zuhause in der sozialen Stadt	4
Haushaltsplanentwurf wegweisend für Zukunft.....	5
Deutlich höhere Einnahmen sind zu erwarten	5
Moderne Verwaltung – Gute Arbeitgeberin.....	7
Mannheim 2030.....	9
Ein Mannheim - eine Stadt der Stadtteile	9
Die politischen Handlungsfelder der Mannheimer SPD	12
1. Gleiche Chancen für unsere Kinder	14
Ein Drittel der Mehreinnahmen zusätzlich für den Schulbau	14
Schulsozialarbeit schneller ausbauen.....	15
MAUS erweitern	15
Berufsschulen stärken	15
Kinderbetreuung ausbauen, Gebühren auf den Prüfstand stellen.....	16
Offene Kinder- und Jugendarbeit – Demokratie stärken	17
Stadtbibliothek am Alten Messplatz	18
Abendakademie im Blick	18
2. Soziale Stadt für alle	20
2.000 neue preisgünstige Mietwohnungen in den nächsten fünf Jahren.....	20
Quote für bezahlbares Wohnen ohne Ausnahmen	22
Innovationsfonds zur Bekämpfung von Armut	24
Gute Arbeit: Servicegesellschaft einrichten	24
3. Die Mobilität von morgen gestalten	25
Parksituation verbessern	25
Die Mannheim-Karte	26
Mobilitätskonzept entwickeln	27
Mehr Radverkehr in Mannheim	28
4. Lebenswerte Stadt – Sichere Zukunft.....	30
Bundesgartenschau 2023: Motor für den Grünzug	30
Integration von Flüchtlingen.....	30
Attraktiver öffentlicher Raum: Sicherheit und Sauberkeit verbessern.....	31
Generalsanierung des Nationaltheaters	32
Ziele der Bewerbung zur Kulturhauptstadt konsequent weiterverfolgen.....	33
Klinikum Mannheim	34
Attraktive Sport- und Bäderanlagen.....	35
Auf den Punkt gebracht	36
Zusammenfassung und Dank.....	37

Mit Zuversicht in die Zukunft. Zuhause in der sozialen Stadt

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
liebe Mannheimerinnen und Mannheimer,
sehr geehrte Damen und Herren,

für die SPD darf ich im Zuge dieser Etatrede die für uns wesentlichen Aufgaben und Ziele der kommenden beiden Jahre benennen. Als gestaltende Kraft in unserer Stadt wird die Mannheimer SPD weiter eine klare und verlässliche Politik machen für die breite Mehrheit unserer Bürgerinnen und Bürger – für diejenigen, für die Mannheim bereits seit vielen Jahren oder Generationen Heimat ist, genauso wie für diejenigen, die hier eine gute und sichere Zukunft für sich und ihre Familie suchen.

Es geht also darum, dass die Menschen mit Zuversicht in die Zukunft unserer Stadt blicken und in ihre eigene Zukunft. Dies gelingt Menschen am besten, wenn sie sich zuhause fühlen, zuhause in einer sozialen Stadt. Um Menschen dieses auch in den kommenden Jahren zu ermöglichen, haben wir aktuell gute Voraussetzungen, nicht nur wirtschaftlich. Um die Zukunft unserer Stadt für ihre heutigen und für ihre künftigen Bewohnerinnen und Bewohner erfolgreich zu gestalten, stehen für uns insbesondere zwei große Themen im Mittelpunkt:

Erstens: Wir möchten den Metropolcharakter unserer Stadt weiter stärken. Wir sagen Ja zu mehr Kreativität, zu moderner Mobilität, zu kultureller Vielfalt, zu einer Stadt mit hoher Lebens- und Aufenthaltsqualität. Wir grenzen uns ab von den Verweigerern und Bedenkenträgern, die vor offensichtlichen

Entwicklungen die Augen verschließen, die Nein sagen und damit Rückschritt verursachen. Und Zweitens: Wir sagen Ja zu mehr Gerechtigkeit, zu besseren Chancen von klein auf, in der Schule und im Beruf und vor allem sagen wir Ja zu einer aktiven und steuernden Wohnungsbaupolitik.

Haushaltsplanentwurf wegweisend für Zukunft

Unser Haushalt zeigt mit seinen großen Möglichkeiten und Ambitionen in die Zukunft. Mannheim verändert und erneuert sich mit Rekordinvestitionen. Dies ist nicht zuletzt der Tatkraft des Oberbürgermeisters und dem anhaltenden Engagement der SPD in den vergangenen Jahren zu verdanken. Da die SPD mit dem Oberbürgermeister jedoch nicht annähernd über eine Mehrheit im Gemeinderat verfügt, ist klar, dass der von der Verwaltung vorgelegte Haushaltsentwurf an einigen Stellen aus sozialdemokratischer Sicht unter seinen Möglichkeiten bleibt. So hätten wir uns eine stärkere Prioritätensetzung insbesondere zu noch mehr Investitionen in Bildung gewünscht.

Deutlich höhere Einnahmen sind zu erwarten

In seiner Etatrede hat Herr Erster Bürgermeister Specht keine Gelegenheit ausgelassen, die offenkundig sehr gute Ertrags- und Vermögenslage unserer Stadt zu relativieren, die Risiken in besonderem Maße zu betonen, von den Chancen war an keiner Stelle die Rede. Es bleibt sein Geheimnis, warum er als Kämmerer jetzt ausführt, dass eine Neuverschuldung nicht verantwortbar wäre, nachdem er selbst noch vor wenigen Wochen einen finanzwirtschaftlich begründeten Vorschlag zur Fremdfinanzierung und damit zur begrenzten Neuverschuldung über 23,8 Mio. Euro für die rentierliche Erneuerung der Straßenbeleuchtung vorgelegt hatte.

Auch seine Ansätze der zu erwartenden Erträge erklären sich weder aus der Entwicklung der vergangenen Jahre noch aus den aktuellen erneut nach oben angehobenen Steuerschätzungen oder den Konjunkturerwartungen des Sachverständigenrats. Unsere Erträge sind in den letzten fünf Jahren um etwa 15 Prozent gewachsen, im Durchschnitt also um jährlich 3 Prozent. Im Etatentwurf sind die Erträge mit lediglich 1,55 Prozent jährlichem Zuwachs eingeplant - trotz positiver und aktuell nochmals angehobener Steuerprognosen. Diese Haushaltsansätze des Kämmerers für die Entwicklung der Erträge sind für uns nicht nachvollziehbar, auch nicht bei konservativer Haushaltsplanung und restriktiven Vorgaben des Landes. Wie die gesamte Rede des Kämmerers enthält auch die Finanzplanung eine Überbetonung von möglichen Risiken ohne Aufzeigen der Chancen.

Wir haben das Jahr 2016 mit einem Überschuss von 86 Mio. Euro im Ergebnishaushalt abgeschlossen. Das ist eine Verbesserung in Höhe von 64 Mio. Euro. Für das Jahr 2017 rechnen wir beim Gesamtergebnis mit einem Überschuss von rund 67 Mio. Euro.

Auch beim Blick auf die Vermögenslage unserer städtischen Gesellschaften im Vergleich zu anderen Städten ergibt sich ein erfreuliches Bild.

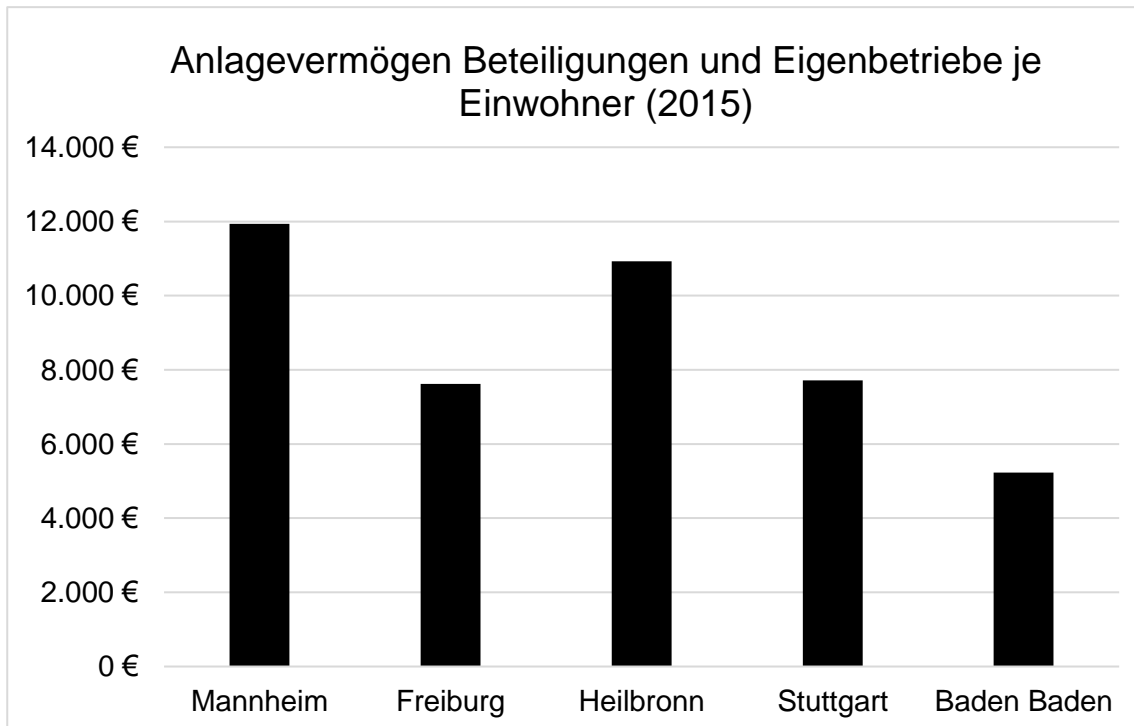


Abbildung 1: Anlagevermögen Beteiligungen und Eigenbetriebe je Einwohner in 2015. Quelle: Beteiligungsberichte der Städte. Hinweis: Heidelberg ohne öffentlichen Beteiligungsbericht, Karlsruhe und Pforzheim ohne entsprechende Angaben.

Wir fordern deshalb eine realistische Finanzplanung, damit der Gemeinderat im Zuge der Haushaltsberatungen weitere Schwerpunkte insbesondere im investiven Bereich setzen kann – und nicht die Verwaltung unterjährig wie in den vergangenen Jahren. Wir erinnern hier an die erst im Mai im Hauptausschuss mit großer Mehrheit beschlossene Prioritätenliste. Obwohl eine ganz breite Mehrheit beispielsweise für den Bau einer neuen Sporthalle und Mensa der Gretje-Ahlrichs-Schule gestimmt hat, findet sich dies nicht im aktuellen Haushaltsplan. Dies werden wir nicht hinnehmen.

Moderne Verwaltung – Gute Arbeitgeberin

In Sachen strategischer Haushaltskonsolidierung unterstützt die SPD die Zielsetzung der Verwaltung, Projekte zur Effizienzsteigerung, zur verbesserten Ablauforganisation und zur Aufgabenreduzierung umzusetzen. Dabei gilt für uns weiterhin, dass nicht nur die Höhe des Gesamtprogramms,

sondern auch die Sinnhaftigkeit der einzelnen Projekte entscheidend ist. So unterstützen wir die vorgesehene Reduzierung der Dienststellen, die verstärkte Digitalisierung der Abläufe und der Angebote für die Bürgerschaft.

Da wir das gesamte Projekt grundsätzlich unterstützen und uns zu dieser Verantwortung bekennen, sind folgende Bedingungen für uns entscheidend.

1. Aus der strategischen Haushaltskonsolidierung entstehen keiner Mitarbeiterin und keinem Mitarbeiter finanzielle Nachteile.
Betriebsbedingte Kündigungen sind und bleiben ausgeschlossen
2. Sollte es bei der weiteren Vertiefung der einzelnen Projekte nicht zu den vorgesehenen Einsparungen kommen, lehnen wir eine zusätzliche Belastung der Mitarbeiterschaft ab.

Die Personalaufwandsquote ist in den letzten Jahren mit etwa 25 Prozent am Gesamthaushalt nahezu konstant geblieben, obwohl die Aufgaben zum Beispiel bei der Kinderbetreuung erheblich ausgeweitet wurden. Unsere Verwaltung leistet gute Arbeit, dies bestätigen die Rückmeldungen und Befragungen der Bürgerschaft. Deshalb können wir auch die ständig sich wiederholenden Positionen einiger hier im Gemeinderat nicht nachvollziehen, die permanent die Reduzierung der Personalkosten fordern. Unser besonderer Dank gilt an dieser Stelle den Beschäftigten sowie Personalrätinnen und Personalräten für ihre Arbeit.

Zurück zu den von der Verwaltung vorgeschlagenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung. Die vorgesehenen pauschalen Kürzungen bei den Zuschüssen sehen wir kritisch und werden diese im Rahmen der Haushaltsberatungen überprüfen. Die 1%-Methode widerspricht dem Ansatz

strategischer Haushaltssteuerung und wird von einigen Empfängern auch entsprechend interpretiert werden.

Mannheim 2030

Um die Zukunft im Blick zu haben, ist ein gemeinsames Leitbild wichtig. Als eine der ersten Städte Deutschlands haben wir uns auf den Weg gemacht zur Umsetzung der 17 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen. Dies unterstützt die SPD, denn es geht um grundlegende Anliegen, wie zum Beispiel: Keine Armut, gute Arbeit, hochwertige Bildung, bezahlbares Wohnen, Gesundheit in jeder Altersphase, Industrie und Innovation, Klimaschutz. Dem Nachhaltigkeitsziel 5 „Gleichstellung von Männern und Frauen“ werden wir mit Blick auf das bevorstehende 100-jährige Jubiläum des Frauenwahlrechts in Deutschland auch in unserer Stadt besondere Aufmerksamkeit widmen.

Ein Mannheim - eine Stadt der Stadtteile

Aber wir sind auch vor Ort präsent. Werfen wir einen Blick auf die Maßnahmen der vergangenen und der kommenden Jahre. Der Haushaltsentwurf enthält zahlreiche Maßnahmen, für die sich die SPD in den Stadtteilen eingesetzt hat. Wir sind froh, dass viele unserer Vorschläge berücksichtigt werden. Und wir haben alle Stadtteile im Blick. Kein Stadtteil wird vergessen. Allein im Bereich Kitas und Schulen und allein im letzten Doppelhaushalt haben wir über alle Stadtteile hinweg Maßnahmen im Gesamtwert von über 160 Millionen Euro bewegt.

Feudenheim: Erweiterung Brüder-Grimm-Schule, Beleuchtung verlängerte Spessartstraße

Friedrichsfeld: Sanierung der Stadtteilplätze, neues Wohngebiet Bischweiler Ring, Sicherung Jugendtreff

Innenstadt/Jungbusch: Neubau der Planken; Umbau der Kepler-Schule zur Gemeinschaftsschule

Käfertal: Ausbau zur Ganztagsschule Bertha-Hirsch-Schule, Neues Quartier FRANKLIN, Sanierung Feuerwache Nord, Sanierung Mannheimer Straße und Boveristraße

Lindenhof: Glücksteinquartier, Meeräckerplatz, Jugendtreff „Pfalzplatz“

Neckarau: Entwicklung Ganztagsgrundschule Schillerschule, Sanierung Moll-Gymnasium, neuer 48er-Platz, Ausbau Kindertagesbetreuung z.B. Neubau Belchenstraße und Ertüchtigung Gänsweide, umfassende Renovierung Strandbad

Neckarstadt-Ost: Neue Wohnformen auf Turley, Neubau Centro Verde und GBG-Gebäude mit verkehrsberuhigenden Maßnahmen, Sanierung Käfertaler Straße, Stadtbahn Nord, Ausbau und Attraktivierung Herzogenriedpark, Sanierung Multihalle, neuer Wohnraum Schafweide, Sanierung Fachräume Heinrich-Lanz-Schule

Neckarstadt-West: Neue Humboldt-Grundschule als Ganztagsschule, Anpassung Dammstraße, Lokale Stadterneuerung, attraktiverer Neumarkt, viele Sicherheitsinitiativen

Neuostheim / Neuhermsheim: Neuer Campingplatz, städtischer Zuschuss zum ökumenischen Kinderhaus Neuostheim

Rheinau: Ausbau zur Ganztagsschule Gerhart-Hauptmann-Schule, Neugestaltung des Marktplatzes

Sandhofen: Generalsanierung und Ausbau zur Ganztagsschule Sandhofenschule, dreigruppiger Kindergarten auf dem Gelände an der Groß-Gerauer Straße

Schönau: Sanierung Schönau-Mitte und neu: Schönau Nord-West mit Endschleife, Sanierung Lena-Maurer-Platz, Erweiterung Kinderhaus Johann Schütte Straße, Generalsanierung Johanna-Geissmar-Gymnasium, neue Gemeinschaftsschule Kerschensteiner

Schwetzingenstadt / Oststadt: Neue Fahrradstraßen, Generalsanierung und Ausbau zur Ganztagschule Pestalozzi-Schule, Generalsanierung Karl-Friedrich-Gymnasium, Sanierung Tulla-Realschule und Baumaßnahmen Lessing-Gymnasium, Jugendtreff Schwetzingenstadt kommt

Seckenheim / Hochstätt: Renovierung der Seckenheimer Hauptstraße im Rahmen der Gleiserneuerung und des barrierefreien Ausbaus der Haltestellen, leider ohne Fahrradspur; attraktiver Platz vor dem Rathaus mit Wochenmarkt, neuer Hortgebäudeteil an der Außenstelle Süd der Seckenheim-Grundschule, Zuschuss Kinderhaus Hochstätt, Sicherung Jugendtreff

Vogelstang: Planungsmittel für Neubau der Geschwister-Scholl-Schulen, neue Kinderspielplätze und Kindergärten

Wallstadt: Mensa für die Wallstadtschule, Umsetzung von Maßnahmen nach 4 Bürger-Verkehrswerkshops

Waldhof / Luzenberg / Gartenstadt: Sanierung und Ausbau der Friedrich-Ebert-Schule zur Ganztagschule; Neugestaltung Taunusplatz, Sanierung Sandhofer Straße; Neubau Jugendtreff Luzenberg; Sanierung Gretje-Ahlrichs-Schule (außer Turnhalle).

Doch es gibt weitere Projekte, die wir jetzt angehen müssen - beispielsweise:

1. Die Turnhalle und Mensa der Gretje-Ahlrichs- und der Hermann-Gutzmann-Schule in der Gartenstadt im Mannheimer Norden
2. Das Kulturhaus Käfertal im Mannheimer Osten
3. Planungsmittel für die Stadtbibliothek am Alten Messplatz
4. Im Mannheimer Süden das Volkshaus Neckarau.

Die politischen Handlungsfelder der Mannheimer SPD

Kommen wir zu den Schwerpunkten der SPD: Die vom Oberbürgermeister priorisierten Handlungsfelder der Verwaltung bilden für uns eine gute Grundlage zur politischen Diskussion. Für die Mannheimer SPD bewerten und ergänzen wir diese wie folgt.

1. Schaffung von attraktivem Wohnraum
→ Bezahlbar für alle und in allen Stadtteilen und Stadtquartieren
2. Bekämpfung von Armut und Armutsrisiken
→ Ein Drittel aller künftigen Mehreinnahmen für die Sanierung von Schulen verwenden
→ Innovationsfonds zur Armutsbekämpfung
→ Deutlich schnellerer Ausbau der Schulsozialarbeit
→ Kita-Gebühren auf den Prüfstand stellen

3. Ausbau des Umweltverbunds / Digitalisierung
 - Pilotprojekt Mannheim-Karte angehen
 - Mobilitätskonzept entwickeln
4. Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum steigern
 - Parksituation verbessern. Regeln und Gebote besser durchsetzen
 - Urbane Interventionen in Angsträumen
5. Demokratie stärken
 - Unterstützung der Schulen bei Demokratieerziehung
 - Schule der Demokratie im Zeitstromhaus
6. Mannheim als Innovations- und Gründerstadt stärken
 - Mannheims Stärke als Industriestandort erhalten
 - Gute Arbeitsplätze ermöglichen

Im Folgenden möchte ich Ihnen unsere Überlegungen für die Kernthemen der SPD darlegen.

1. Gleiche Chancen für unsere Kinder

Ein Drittel der Mehreinnahmen zusätzlich für den Schulbau

Erstens: Gleiche Chancen für unsere Kinder! Wir begrüßen es, dass auf Drängen der SPD nun endlich die Planungen für die Geschwister-Scholl-Schulen beginnen werden – zunächst durch die BBS mit einer klaren städtischen Verpflichtung zur zeitnahen Realisierung eines Neubaus.

Mit Enttäuschung haben wir festgestellt, dass der Etatentwurf keine Mittel für den Neubau von Mensa und Turnhalle der Gretje-Ahlrichs-Schule und der Hermann-Gutzmann-Schule enthält. Bereits vor zwei Jahren hatte uns die Verwaltung zugesagt, den Bau über ein Finanzierungsmodell außerhalb des Haushalts umzusetzen. Wir wollen mit dem Bau nicht noch länger warten und werden deshalb einen Antrag stellen, die 8 Mio. Euro für den Bau, auf den die Schulgemeinschaften, sowohl der Gretje-Ahlrichs-Schule als auch der Hermann-Gutzmann-Schule schon lange warten, in den nächsten Doppelhaushalt einzustellen.

Der vorliegende Etatentwurf schlägt einen Masterplan Schulbau mit 20 Mio. Euro jährlich vor. Doch damit können bei weitem nicht alle notwendigen Maßnahmen umgesetzt werden. Wir verweisen auf die im Sommer vorgelegte Informationsvorlage der Verwaltung über den baulichen Zustand der Schulgebäude. Hier besteht politischer Handlungsbedarf und deshalb werden wir beantragen, ein Drittel aller Haushaltsüberschüsse zusätzlich für den Schulbau zu verwenden, um die anstehenden Aufgaben zügiger zu bewältigen.

Schulsozialarbeit schneller ausbauen

Ein wichtiges Thema, das alle Schularten betrifft, ist der Ausbau der Schulsozialarbeit: Um Schülerinnen und Schüler in schwierigen Phasen aufzufangen und die Lehrerinnen und Lehrer bei ihrer Arbeit zu unterstützen. Der Etatentwurf sieht einen Ausbau um jährlich je zwei Stellen für die Jahre 2019 und 2020 vor. Dieses Ausbautempo würde erst in 25 Jahren eine Vollversorgung aller 84 Schulen herstellen. Das ist für uns deutlich zu langsam! Denn Mannheim liegt in der Relation geförderter Stellen pro 1.000 Schülerinnen und Schüler in Baden-Württemberg mit Abstand an letzter Stelle. Wir werden deshalb einen Antrag einbringen, der das Ausbautempo für Schulsozialarbeit deutlich erhöht!

MAUS erweitern

Wir haben in Mannheim mit dem Mannheimer Unterstützungssystem Schule „MAUS“ ein gutes Instrument entwickelt, das die Schülerinnen und Schüler in ihrem Schulalltag unterstützt und bei den Schulen sehr gefragt ist. Außerdem haben die Ganztagsgrundschulen ein Budget für Kooperationen mit Sport- und Musikvereinen. Wir haben bereits im letzten Haushalt eine Personalstelle für die Servicestelle im Bildungsbüro eingerichtet, die Ganztagschulen bei der Einbindung außerschulischer Kooperationspartner in den Schulalltag unterstützt. Die Anregung des Oberbürgermeisters, in MAUS auch die Thematik der Demokratieerziehung aufzunehmen, unterstützen wir und werden diese Weiterentwicklung eng begleiten.

Berufsschulen stärken

Auf Initiative der SPD wurden in den letzten Jahren viele Fachräume der Berufsschulen saniert.

Vor allem bei der Werner-von-Siemens-Schule und der Carl-Benz-Schule stehen jedoch mittelfristig erhebliche Sanierungen und Modernisierungen an. Auch diese Investitionen müssen wir in den kommenden Jahren stemmen. Dafür fordern wir zusätzliche finanzielle Mittel von Bund und Land, schließlich erbringen wir hier auch erhebliche Leistungen für die gesamte Region.

Die SPD wird sich auch in diesen Haushaltsberatungen erneut dafür stark machen, dass ausreichende Mittel für die Ausstattung mit Lehr- und Lernmitteln, Maschinen und Geräten im Haushalt verankert werden.

Kinderbetreuung ausbauen, Gebühren auf den Prüfstand stellen

In Mannheim leben heute deutlich mehr Kinder als in den vergangenen Jahren vorhergesagt. Da der Ausbau nicht zulasten der Qualität gehen darf, unterstützen wir die guten inhaltlichen Ansätze im Etatentwurf, etwa die heilpädagogische Weiterqualifizierung von Erzieherinnen und Erziehern oder das Modellprojekt, um Handlungsansätze aus den Eltern-Kind-Zentren auf andere Kitas zu übertragen.

Kindergärten sind keine reinen Betreuungseinrichtungen, sondern frühkindliche Bildungseinrichtungen. Deshalb ist es unser Ziel, mittelfristig Kindergärten gebührenfrei zu machen, wie dies bei den Schulen ganz selbstverständlich der Fall ist. Unser Ziel ist, dass mehr Kinder aus Familien mit einem niedrigen Haushaltseinkommen Kindertageseinrichtungen besuchen können. Das darf nicht an den Betreuungskosten scheitern. Außerdem ist die Höhe der Kindergartengebühren ein Kriterium bei der Wohnortwahl für junge Familien.

Wir möchten deshalb das Thema der Kindergartengebühren im Gemeinderat diskutieren und die Verwaltung beauftragen, die Gebührensituation in der Region (Ludwigshafen, Rhein-Neckar-Kreis, Heidelberg) aber auch in Heilbronn, das bereits gebührenfreie Kindergärten eingerichtet hat, zu vergleichen und mit Blick auf die Entwicklungen auf Bundes- und Landesebene mit dem Gemeinderat unsere Vorgehensweise zu entwickeln.

Offene Kinder- und Jugendarbeit – Demokratie stärken

Bei den Angeboten der offenen Jugendarbeit, seien es Jugendtreffs/ Jugendhäuser oder die Jugendverbandsarbeit, finden Kinder und Jugendliche wichtige Anlaufstellen und die Möglichkeit sich zu entfalten. Die Jugendtreffs sind zu sichern und weiter auszubauen. Das Thema Demokratieerziehung und Beteiligung bearbeiten die Akteure der offenen Jugendarbeit seit Jahren erfolgreich. Einen positiven Entwicklungsschub hat das Modell durch die Ausweitung der Interessenvertretung im schulischen Bereich erhalten, denn durch die gezielte Ansprache und Betreuung der Schulen konnten bei den vergangenen Stadtteilversammlungen immer auch die Schulen als Partner gewonnen werden. Über 68Deins! können Kinder und Jugendliche Demokratie mitgestalten und so ihr Recht auf Beteiligung nutzen.

Zur Stärkung der Demokratie begrüßen wir das Projekt JUMAD – Junge Muslime aktiv für Demokratie, das bei muslimischen Jugendlichen für unsere demokratische Grundordnung und die aktive Teilnahme an ihr wirbt. Die Vernetzung von Integrationsprojekten in weitere gesellschaftliche Sphären ist auszuweiten.

Mit dem Projekt "Zeitstromhaus" kommt die Stadt Mannheim ihrer Verpflichtung nach, das kollektive Gedächtnis der Stadt zu entwickeln. Die

SPD unterstützt diesen Ort der Geschichte und als Schule der Demokratie, insbesondere für Kinder und Jugendliche.

Stadtbibliothek am Alten Messplatz

Die Bibliothek ist längst nicht mehr nur ein Ort des Ausleihens oder Lesens von Büchern. Sie ist Schnittstelle zwischen Lernort, Kulturraum und Ort des Rückzugs. Die Digitalisierung der Bibliotheken zeigt sich nicht nur in einem wachsenden Angebot an e-books und der Verfügbarkeit von Online-Arbeitsplätzen, sondern auch in einem Zurückweichen des Buches im Bibliotheksraum selbst. Wir benötigen große, offene und flexibel einzuteilende und einzusetzende Räume, wie es uns andere Städte vormachen.

Wir müssen nun den Grundstein für eine neue Bibliothek legen. Die SPD spricht sich dabei klar für den Alten Messplatz als neuen Standort aus. Es geht uns mit diesem Neubau auch um einen Entwicklungsschub für die Neckarstadt, und insbesondere um bessere Bildungschancen für die Kinder in der Neckarstadt-West. Die südliche Hälfte des Alten Messplatzes wird dadurch aufgewertet, mit positiven Effekten bezüglich der Klein-Kriminalität am Neckarufer und für unser Ziel „Leben am Wasser“.

Abendakademie im Blick

Auch die Abendakademie ist eine wichtige Bildungseinrichtung in Mannheim, deren Finanzierung wir sichern müssen. Wir sehen hier auch das Land in der Pflicht: Die Personalkostenzuschüsse, die das Land in Form von förderfähigen Unterrichtseinheiten an die Volkshochschulen auszahlt, sind in

diesem Jahr von 7,40 € auf 7,07 € gesunken. Hier muss die grün-schwarze Landesregierung handeln und nachbessern.

2. Soziale Stadt für alle

2.000 neue preisgünstige Mietwohnungen in den nächsten fünf Jahren

Der zweite Schwerpunkt neben der Bildung ist für die SPD die Soziale Stadt. Dazu gehört bezahlbarer Wohnraum. Wohnen ist auch in Mannheim spürbar teurer geworden. Immer mehr Menschen müssen fast die Hälfte ihres Einkommens allein für eine angemessene Wohnung ausgeben. Dies darf so nicht weitergehen! Hier ist politisches Handeln gefordert, denn der Markt regelt das eben nicht von alleine.

Unsere Diskussion führen wir im Lichte unserer Erfahrungen der vergangenen Jahre.

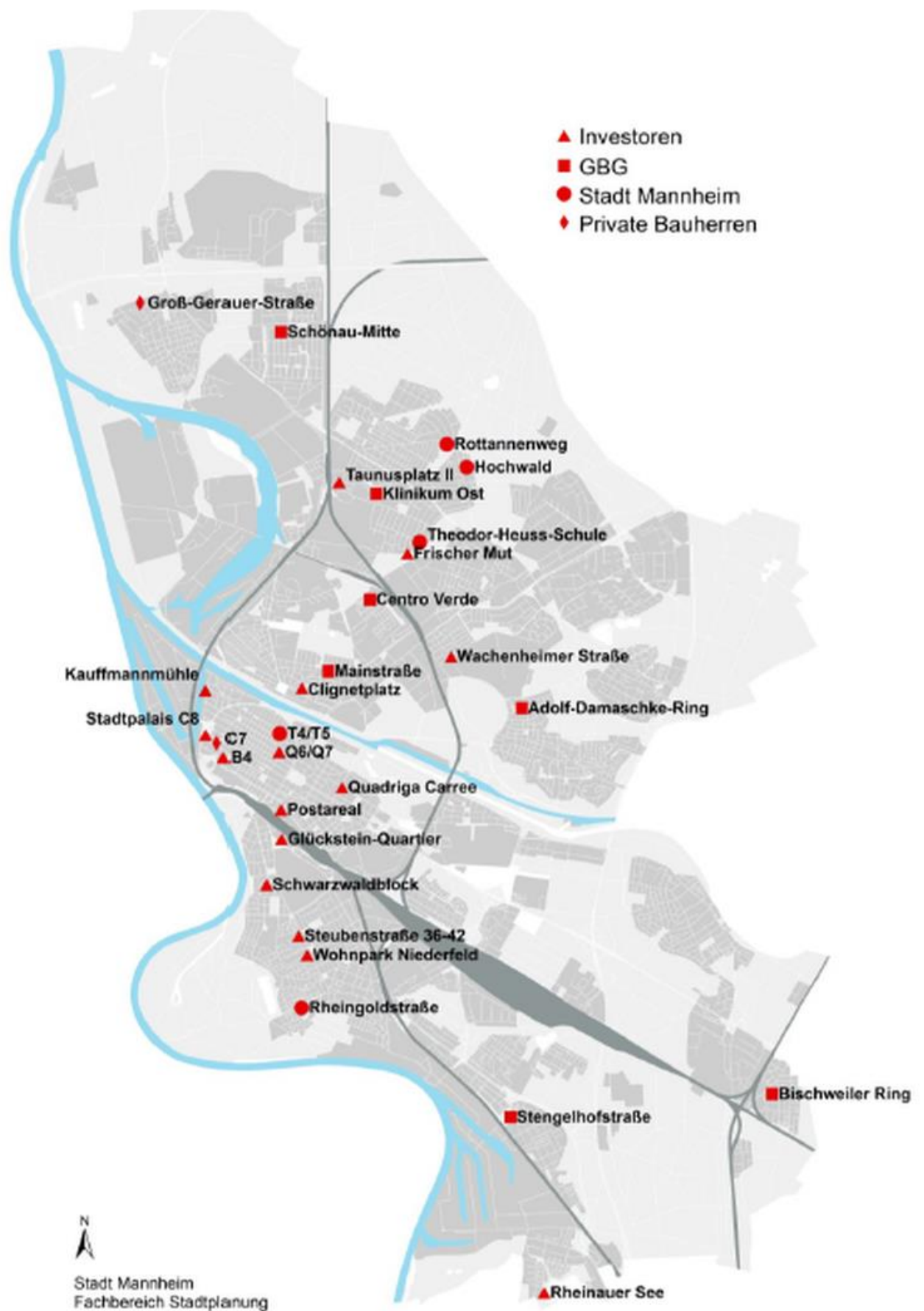


Abbildung 2: Abbildung: Wohnungsbauschwerpunkte 2016-2020 (ohne Konversion). Quelle: Stadt Mannheim.

In den letzten Jahren wurden fast nur noch hochpreisige Miet- und Eigentumswohnungen gebaut, wie beispielsweise im Glücksteinquartier auf dem Lindenhof, der Kaufmannmühle im Jungbusch oder auf Turley und im Centro Verde in der Neckarstadt.

Deshalb haben wir uns als SPD in den letzten Jahren dafür stark gemacht, dass die Schaffung preisgünstigen Wohnraums ein zentraler Punkt zukünftigen kommunalpolitischen Handelns wird.

Auf FRANKLIN zeigt sich exemplarisch, dass beides möglich ist: die Schaffung preisgünstiger Mietwohnungen und die Errichtung bezahlbarer Eigentumswohnungen. Diesen Weg gilt es nun konsequent fortzusetzen.

Quote für bezahlbares Wohnen ohne Ausnahmen

Wir sind froh, dass der Gemeinderat im Juni mehrheitlich das von der Verwaltung – auch auf unsere Initiative – vorgelegte 12-Punkte-Programm zum Wohnen beschlossen hat. Besonders wichtig war uns dabei die Festlegung einer verbindlichen Quote von 30% für preisgünstigen Wohnungsbau.

Für die SPD ist klar: Diese Quote muss bei allen künftigen Wohnungsbaumaßnahmen umgesetzt werden.

Wir reagieren mit großem Unverständnis auf die Forderung der CDU, die bereits jetzt ein Aussetzen der Quote für bezahlbaren Wohnraum entlang des künftigen Grünzugs Nord-Ost fordert. Wir stehen für Wohnen am Grünen nicht nur für Millionäre, sondern gerade für junge Familien!

Ohne eine solche Verpflichtung wird bei der geplanten Bebauung auf Spinelli, bei Hammonds und den stadtweit über 2.000 Wohneinheiten, die in den kommenden Jahren außerhalb der Konversionsflächen errichtet werden, nur ein Bruchteil der Wohnungen bezahlbar sein – jedenfalls für die Leistungsträgerinnen und Leistungsträger unserer Gesellschaft: Angestellte und Facharbeiter, Handwerker und Ingenieure, Polizei und Feuerwehrleute, von den völlig unterbezahlten, zumeist weiblichen Beschäftigten in der Alten- und Krankenpflege und den im Einzelhandel Tätigen ganz zu schweigen.

Neben der Quote beinhaltet das neue wohnungspolitische Programm weitere wichtige Punkte, wie maßvolle Nachverdichtung oder die Förderung gemeinschaftlicher Wohnprojekte. Die verbilligte Vergabe städtischer Grundstücke für preiswerten Wohnungsbau ist ein weiteres Handlungsfeld. Dies kann auch dazu führen, dass nicht jeder Businessplan für eine Konversionsfläche ein ausgeglichenes Ergebnis erreicht.

Das Ziel ist: In den nächsten fünf Jahren entstehen mindestens 2.000 neue bezahlbare Wohnungen.

Die GBG wird weiterhin dämpfend auf die stadtweite Entwicklung der Marktmieten einwirken. Positiv hervorzuheben ist aus unserer Sicht das Engagement der GBG, in Einzelfällen sogenannte „Problemimmobilien“ aufzukaufen, um ein weiteres Absinken des Umfeldes zu verhindern, wie zuletzt im Jungbusch und der Neckarstadt-West. Die SPD wird deshalb die Arbeit der GBG weiterhin unterstützen. Die GBG ist und bleibt eine unserer wichtigsten städtischen Gesellschaften.

Innovationsfonds zur Bekämpfung von Armut

Zuhause in der sozialen Stadt, heißt für uns, dass wir auf alle Menschen in Mannheim schauen. Vielen geht es heute gut. Aber auch eine beträchtliche Zahl von Menschen ist von Armut betroffen. Denn vielen Menschen, die arbeiten, reicht ihr Lohn heute kaum zum Überleben.

Eine Gruppe von Menschen trifft dies besonders, die alleinerziehenden Mütter und Väter mit ihren Kindern – fast ein Viertel ist in Deutschland von Armut bedroht. Mannheim hat in Baden-Württemberg die meisten Alleinerziehenden. Hier besteht dringend Handlungsbedarf. Wir möchten deshalb die Initiative ergreifen und einen Fonds ausschreiben zur Armutsbekämpfung und insbesondere zur Hilfe für Alleinerziehende. Vor allem Projekte in angespannten Sozialräumen sollen gefördert werden.

Gute Arbeit: Servicegesellschaft einrichten

Zu viele Menschen können nicht mehr von ihrer Arbeit leben. Wir wollen, dass die Stadtverwaltung weiterhin Vorbild für gute Arbeit ist. Deshalb begrüßen wir die Ankündigung des Oberbürgermeisters, in den letzten Jahren ausgelagerte Dienstleistungen zurückholen und in einem städtischen Servicebetrieb zu bündeln. Es geht darum, reguläre Arbeitsplätze für gering Qualifizierte in den Bereichen Reinigung, Sicherheit und Bewachung, Catering und Verpflegung einzurichten. Damit verhindern wir, dass Beschäftigte auf ergänzende finanzielle Hilfen durch die Jobcenter angewiesen sind.

3. Die Mobilität von morgen gestalten

Der dritte Baustein für eine attraktive Zukunft unserer Stadt ist die Verkehrspolitik. Die Entwicklung attraktiver, sicherer und nachhaltiger Mobilitätskonzepte ist weltweit eine der größten Herausforderungen in unseren Städten. Die SPD stellt sich seit Jahren dieser Herausforderung in unserer Metropolregion und in unserer Stadt – mit Mut zur Veränderung, mit Begeisterung für technische Innovationen und mit dem Anspruch, Mobilität für alle Bewohnerinnen und Bewohner gleichermaßen zu ermöglichen.

Die jahrzehntelange Dominanz des verbrennungsmotorisierten Individualverkehrs ist Hauptursache unserer heutigen Verkehrsprobleme. Städtebaulich, sozial und ökologisch tragfähige Lösungen sind bereits heute erkennbar mit einer zunehmenden Vernetzung aller Verkehrsträger. Der Ausbau der dafür erforderlichen Infrastruktur hat für die SPD-Fraktion höchste Priorität.

Bei der Entwicklung unserer Konversionsflächen verfolgen wir deshalb städtebaulich ganz bewusst einen integrativen Ansatz, um in diesen neuen Quartieren Leben und Arbeiten, Freizeit und Wohnen miteinander zu vereinbaren und dabei die ökologischen Kosten für Energie und Verkehr zu minimieren.

Parksituation verbessern

Diesen Anspruch müssen wir künftig auch stärker an die Weiterentwicklung unserer bestehenden Siedlungsstruktur stellen – insbesondere in unseren urbanen Kernbereichen. Dafür brauchen wir in Politik und Verwaltung den Mut, den öffentlichen Raum gegen das allgegenwärtige Blech auf vier Rädern

wieder zurückzuerobern. Die Einsicht in die Notwendigkeit eines solchen Paradigmenwechsels ist bei den Menschen in unserer Stadt vorhanden. Nahezu alle städtebaulichen Fragen zur Weiterentwicklung und Verbesserung in den Quartieren laufen am Ende hinaus auf die Frage: „Wie verringern wir insbesondere den ruhenden Verkehr im Straßenraum?“

Im Rahmen unserer Stadtteilgespräche klagen die Bürgerinnen und Bürger in den Quartieren fast ausnahmslos über zugeparkte Geh- und Radwege. Dadurch ist eine Nutzung durch Radfahrende und Fußgänger, insbesondere mit Kinderwagen, Gehhilfen usw. nicht möglich.

Bereiche, in welchen bereits etwa durch Poller und markierte Parkstreifen eine klare Ordnung eingerichtet wurde, haben erkennbar eine deutliche Aufwertung des gesamten Stadtraums zur Folge. Dort wird das gefahrlose und zügige Fahrradfahren ebenso möglich wie das entspannte Gehen und Flanieren. In belebten Bereichen wird dort Außengastronomie möglich und insbesondere kleiner Einzelhandel kann seine Schaufenster und Auslagen attraktiv präsentieren.

Unsere Forderungen sind klar: Im Stadtgebiet Mannheim soll das Abstellen von Kraftfahrzeugen auf Geh- und Radwegen sowie auf Freiflächen und Plätzen grundsätzlich nicht mehr erlaubt und nicht mehr geduldet werden. Dafür ist eine stärkere Überwachung und Sanktionierung des ruhenden Verkehrs notwendig. Das dafür erforderliche zusätzliche Personal soll eingestellt werden.

Die Mannheim-Karte

Bereits vor zwei Jahren hatten wir beantragt, die Mannheim-Karte als exklusives Angebot für unsere Wohnbevölkerung zu entwickeln. Mit der

Mannheim-Karte oder alternativ einer App soll es möglich sein, etwa über eine jährliche Grundgebühr und verschiedene Zusatzoptionen, Leistungen aus dem Verkehrs- und dem Kulturbereich zu nutzen. Zu beiden Aspekten hat die Verwaltung bisher nur wenig Vorarbeit geleistet.

Wir erwarten insbesondere bei unserer Forderung nach einer elektronischen Mannheim-Karte konkrete Vorschläge. Anknüpfungspunkte sehen wir im Zuge des angekündigten SHM²-Projekts zur Digitalisierung, bei der Diskussion über die Zukunft des Nationaltheaters oder den Angeboten der neuen Kunsthalle.

Um den allseits gewünschten und dringend gebotenen Wandel im Mobilitätsverhalten zu befördern, erneuern wir unsere Forderung zur Entwicklung eines fahrscheinlosen und umlagefinanzierten Nahverkehrs für die Metropolregion. Hier wie in anderen Regionen zeigen erste Berechnungen, dass dies mit einer monatlichen Abgabe von weniger als 25 Euro möglich ist. Wir erwarten mittelfristig die Umsetzung der erforderlichen gesetzlichen Rahmenbedingungen und beantragen daher, die notwendigen Vorarbeiten auf kommunaler Ebene anzugehen. In diesem Zusammenhang soll die Verwaltung aufzeigen, wie auf heutiger gesetzlicher und tariflicher Grundlage das Sozialticket als verbundweit gültiges Monatsticket erweitert werden kann.

Mobilitätskonzept entwickeln

Wir wollen ein integriertes Mobilitätskonzept entwickeln und werden dies beantragen. Es gilt, die unterschiedlichen Verkehrsträger und Verkehrsmittel zu vernetzen. Hierbei sollen die Fragen einer sozialverträglichen und zukunftsorientierten Urbanität, Unterstützung von Einzelhandel und Gewerbe,

einer nachhaltigen und ökologischen Stadtentwicklung und die Vernetzung der einzelnen Stadtteile in Einklang gebracht werden.

Zugleich geht es um mehr Unterstützung für Carsharing und Bikesharing und den Ausbau der Strecken und der Taktung des ÖPNV.

Aber wir benötigen auch mehr Unterstützung für Elektromobilität. Dabei geht es um Lade- und Parkinfrastruktur, aber auch um die Fahrzeugbeschaffung der Stadt und um Experimentierfelder für alternative Verkehrskonzepte in Mannheim.

Mehr Radverkehr in Mannheim

Noch viel mehr Mannheimerinnen und Mannheimer werden mit dem Rad fahren, wenn wir mit unserer künftigen Stadtentwicklung die richtigen Voraussetzungen dafür schaffen.

Aus dem einstimmig beschlossenen 21-Punkte-Programm für mehr Radverkehr wurden weitere Projekte erfolgreich umgesetzt, etwa der Lückenschluss Bismarckstraße oder die Einrichtung der Berliner Straße als Fahrradstraße. Weitere Maßnahmen folgen in den kommenden Jahren wie der Umbau der Tattersallstraße zur Fahrradstraße oder der Lückenschluss Augustaanlage.

Auf Antrag der SPD haben wir im Jahr des Fahrradjubiläums 2017 erstmals eine weitgehend verkehrsberuhigte Innenstadt erlebt. Die überwiegend positiven Erfahrungen damit zeigen das Potenzial einer autoarmen Stadt mit mehr Aufenthaltsqualität, gerade auch für Handel und Gastronomie. Das Radjubiläum ist mit seinen vielen Veranstaltungen und Aktivitäten ein voller Erfolg – für die Stadt und für umweltfreundliche Mobilität. Dafür unser Dank

an die Geschäftsstelle Radjubiläum 2017, die hier hervorragende Arbeit geleistet hat.

Die positiven Impulse aus dem Radjubiläum wollen wir nutzen, um die Innenstadt noch attraktiver für Radfahrer, Fußgänger, Gäste aus der Region und Touristen zu gestalten. Hierzu haben wir einen Antrag gestellt, der Mobilität und Aufenthaltsqualität in der Innenstadt weiterentwickeln soll. Auch die Verkehrsverbindungen am Neckar und in den Stadtteilen sowie den Radschnellweg für die Region haben wir im Blick.

4. Lebenswerte Stadt – Sichere Zukunft

Wie bleibt unser Zuhause auch in den nächsten Jahren sicher und lebenswert? Folgende Themen sind hier für uns besonders zu betrachten.

Bundesgartenschau 2023: Motor für den Grünzug

Unsere Haltung zum Grünzug hat sich in den letzten Jahren nicht verändert. Im Gegenteil: wir stehen zu dem größten Grünprojekt, das Mannheim in seiner Stadtentwicklung nachhaltig beeinflussen wird. Jetzt aber, wo auch das Land Baden-Württemberg Mittel in einer Größenordnung von mehr als 50 Millionen Euro bereitstellen wird, muss es darum gehen, die Vision der Leitentscheidung zügig Wirklichkeit werden zu lassen. Wir als SPD stehen zu den gefassten Beschlüssen und fordern alle Fraktionen und Gruppierungen auf, daran gemeinsam und konsequent festzuhalten.

Integration von Flüchtlingen

Unsere Stadt und deren Bürgerinnen und Bürger haben in den letzten Jahren Hervorragendes geleistet und über alle Nationalitätsgrenzen hinweg Integration gelebt. Die SPD wird diese Anstrengungen auch in den folgenden Jahren in allen Bereichen mitdenken, ob im Wohnungsbau, im Bereich der Bildung und Teilhabe oder der Kinder- und Jugendbetreuung.

Attraktiver öffentlicher Raum: Sicherheit und Sauberkeit verbessern

Die SPD hat sich erfolgreich dafür stark gemacht, dass der Personalbestand des Kommunalen Ordnungsdienstes (KOD) deutlich gestiegen ist. Dies versetzt den Ordnungsdienst zukünftig in die Lage, bis Mitternacht im Einsatz auf den Straßen zu sein. Auch die Zahl der Einsatzkräfte für die Überwachung von Park- und Verkehrsverstößen ist erheblich aufgestockt worden.

Unsere Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf, sich ohne Angst im öffentlichen Raum bewegen zu können. Dabei ist ein Schwerpunkt sozialdemokratischer Politik die Investition in präventive Maßnahmen. Beispielhaft sei dabei das Haus des Jugendrechtes benannt, durch dessen Gründung es schon innerhalb von zwei Jahren gelungen ist ein transparentes, hochwirksames Zusammenspiel zwischen Justiz-Jugendhilfe-Staatsanwaltschaft und Jugendgerichtshilfe zu praktizieren und dadurch wirksame effektive Präventionsarbeit zu leisten.

Zu einer sicheren Stadt gehört auch der Brandschutz. Bei der Feuerwache Süd müssen wir in absehbarer Zeit handeln und erwarten dafür Konzepte der Verwaltung. Mit der rasanten Entwicklung der Konversionsflächen im Mannheimer Norden steigen die Anforderungen an den Brandschutz, dafür brauchen wir eine Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplans.

In den vergangenen Haushaltsjahren haben wir uns erfolgreich mit unserem Ansatz durchgesetzt, mehr Geld und Personal für die Reinigung der öffentlichen Plätze, Grünanlagen und Straßen zur Verfügung zu stellen. So konnten an besonders stark frequentierten Plätzen die Reinigungsintervalle deutlich erhöht werden. Zudem haben wir durch die Einführung der umlagefinanzierten Gehwegreinigung in den Quadraten eine deutliche

Verbesserung erreicht. Wir begrüßen die Ausweitung auf den Jungbusch und wollen die Ausweitung auf Teile der Neckarstadt und der Schwetzingenstadt prüfen.

Bis spätestens zum nächsten Haushalt soll ein wichtiges und großes Organisationsprojekt abgeschlossen sein, um in der Pflege des öffentlichen Raums effektiver zu werden: Stadtreinigung und Abfallwirtschaft, der Bereich Grünflächen sowie der Tiefbau sollen zu einem neuen Eigenbetrieb „Öffentlicher Raum“ zusammengeführt werden. Wir erwarten uns davon eine weitere Aufwertung der Pflege des öffentlichen Raums.

Immer mehr Menschen in Städten möchten ihr Lebensumfeld und den öffentlichen Raum aktiv mitgestalten. Dieser Trend bietet enormes Potenzial vernachlässigte Orte in der Stadt, die als Angsträume wahrgenommen werden, zu aktivieren und gemeinschaftlich zu nutzen. Beispielhaft für solche Aktionen ist das im Juli 2017 im Bereich der Haltestelle Rheinstraße durchgeführte Minifestival „Haltestelle fortschritt“. Solche Initiativen wollen wir mit einem Aktionsfonds weiter fördern.

Generalsanierung des Nationaltheaters

Untrennbar mit einer lebenswerten Stadt verbunden ist das Nationaltheater. Mannheim kann sich jedoch die Generalsanierung des Nationaltheaters für geschätzt 186 Millionen Euro nicht leisten. Das Land muss seine Verantwortung annehmen und die Sanierung mit einem hohen Zuschuss unterstützen. Das Nationaltheater darf dabei nicht schlechter gestellt sein als die Staatstheater in Stuttgart und Karlsruhe.

Nach wie vor fordern wir eine Debatte über die Unterstützung durch Gemeinden und Städte aus der Region. Ob dies mit einer Kulturumlage

verwirklicht wird oder durch verschiedene gestaffelte Eintrittspreise, die den Mannheimer Steuerzahlern einen vergünstigten Eintritt in das Haus gewähren, ist mit den Gremien zu diskutieren.

Bei der gesamten Debatte ist zu berücksichtigen, dass der jährliche Zuschuss dauerhaft nicht steigen darf, sondern im Gegenteil, die Sanierung zu einer effizienteren Arbeit in dem Haus führen muss und der Zuschussbedarf begrenzt wird. Die SPD steht zum Nationaltheater. Wir sagen aber auch deutlich, dass die Generalsanierung nicht dazu führen darf, dass der Anteil an den Zuschüssen in der Zukunft weiter steigt. Uns ist es wichtig, die Diskussion um die Zukunft des Gebäudes ernsthaft und ausgiebig mit allen Beteiligten und der Stadtgesellschaft zu führen.

Ziele der Bewerbung zur Kulturhauptstadt konsequent weiterverfolgen

Der vorgesehene Abschied von der Idee, sich für die Kulturhauptstadt zu bewerben, kam überraschend. Wichtig für uns als SPD war immer, den Weg zur Kulturhauptstadt zu entwickeln, nicht der Titel an sich. Wenn wir es schaffen, die Stadt wie in den letzten Jahren mit Hilfe der Kultur weiter positiv zu verändern und dadurch den Zusammenhalt der Stadtgesellschaft zu fördern, dann ist die Abkehr von dem Projekt zum jetzigen Zeitpunkt, der große finanzielle Herausforderungen wie das Nationaltheater bereit hält, richtig. Vor allen Dingen in der weiteren Bündelung der Kreativszene durch die Mannheimer Gründerzentren und der Entwicklung der Bundesgartenschau mit kulturellen Inhalten sehen wir positive Ansätze, den eingeschlagenen Weg nicht zu verlassen und die Grundidee einer Kulturhauptstadt dadurch weiter zu befördern.

Kritisch sehen wir in diesem Zusammenhang die Aufgabe der Kulturellen Stadtentwicklung. Wir brauchen einen neuen Anlauf, um uns über den weiteren Weg zu verständigen. Das kann nur unter Einbeziehung der Kulturschaffenden zielführend sein.

Klinikum Mannheim

Das Universitätsklinikum musste als Folge des in den Medien breit gestreuten Hygiene-Themas starke finanzielle Einbußen hinnehmen. Tatsache ist, dass es zu keinem Zeitpunkt Operationen mit verunreinigtem Besteck gab.

Um künftige Einsparungen durch verbesserte Abläufe bei optimaler Krankenversorgung zu erzielen, ist eine Neubaumaßnahme zur Optimierung der klinischen und medizinischen Prozesse in Planung. Vor diesem Hintergrund unterstützt die SPD die von der Verwaltung in den kommenden vier Jahren vorgesehene Zuführung von jährlich 10 Mio. Euro aus dem städtischen Haushalt in das Eigenkapital der Gesellschaft. Für uns ist klar: Wir stehen zum Klinikum – auch wenn dies zusätzliche Unterstützung bedeutet.

Bundesweit sind die Kliniken unter einem starken Kostendruck. Werden wir uns bewusst, dass es dabei nicht nur um Kosten, sondern vorrangig um Menschen geht, die Vorhaltung von Krankenhäusern ist ein wesentliches Element der Daseinsvorsorge. Deshalb ist es wichtig, dass wir ein Universitätsklinikum in Mannheim haben. Eine Privatisierung kommt nicht in Frage. Zugleich haben wir eine Verantwortung gegenüber den Beschäftigten des Klinikums, der wir gerecht werden müssen. Es darf keine betriebsbedingten Kündigungen geben.

Attraktive Sport- und Bäderanlagen

Für eine lebenswerte Stadt sind attraktive Sport- und Bäderanlagen unabdingbar. Wir sind froh, dass auch dank der Initiative der SPD die Investitionszuschüsse für die Sportanlagen auf hohem Niveau bleiben. Mit dem Kombibad Herzogenried beginnen wir die Umsetzung der Bäderkonzeption. Entscheidend für uns ist und bleibt, dass Schwimmen und Baden in unserer Stadt bezahlbar bleiben.

Auf den Punkt gebracht

Abschließend möchte ich nochmals unsere fünf wesentlichen Forderungen verdeutlichen:

- 1. Ein Drittel aller Mehreinnahmen zusätzlich für Schulbauten**
- 2. Schulsozialarbeit deutlich schneller ausweiten**
- 3. 2.000 neue preisgünstige Mietwohnungen in den nächsten fünf Jahren**
- 4. Innovationsfonds für Armutsbekämpfung einrichten**
- 5. Parksituation verbessern, Mobilitätskonzept entwickeln**

Zusammenfassung und Dank

Mein Dank im Namen der SPD-Gemeinderatsfraktion gilt den zahlreichen Müttern und Vätern dieses Haushaltsplanentwurfs in der Stadtverwaltung, an der Spitze Herrn Oberbürgermeister Dr. Peter Kurz, Herrn Ersten Bürgermeister Christian Specht, unseren Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern sowie den zahlreichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Mein Dank geht auch an den Gesamtpersonalrat, stellvertretend Frau Gitta Süß-Slania, und an die Personalrätinnen und Personalräte in den Fachbereichen und Dienststellen, die im Interesse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sehr gut mit uns zusammenarbeiten.

Ich bedanke mich bei allen, die uns in Vorgesprächen mit ihrem Fachwissen beraten haben – innerhalb wie außerhalb der Verwaltung. Ich bedanke mich für die Unterstützung meiner Partei und für die Anregungen aus der Bürgerschaft. Auch danke ich der Presse und den Medien für Ihre Berichterstattung.

Mein Dank gilt ebenfalls unserer Fraktionsgeschäftsstelle, die mich bei der Vorbereitung dieser Rede unterstützt hat. Abschließend bedanke ich mich sehr herzlich bei meinen Fraktionskolleginnen und -kollegen für die Unterstützung und freue mich nun auf die Etatberatungen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!



RALF
EISENHauer



MARIANNE
BADE



RALPH
WAIBEL



HELEN
HEBERER



REINHOLD
GÖTZ



LENA
KAMRAD



PROF. DR.
HEIDRUN
KÄMPER



JOACHIM
HORNER

SPD-Gemeinderatsfraktion Mannheim

Rathaus E5 | 68159 Mannheim

Tel 0621/ 293-2090

Fax 0621/ 293-9470

Email: spd@mannheim.de

www.spdmannheim.de

facebook.com/spdfraktionmannheim



NAZAN
KAPAN



ANDREA
SAFFERLING



THORSTEN
RIEHLE



DR. CLAUDIA
SCHÖNING-
KALENDER



DR. BORIS
WEIRAUCH
MdB

WIR KÜMMERN UNS